

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

K. Dallen u. Verwaltung: Drag 11, Vertikalanfa 15 • Telrab.: 26793, 31469, Nachtrebalk. (ab 11 Uhr): 33535 • Postbedamt.: 57544

12. Jahrgang.

Donnerstag, 14. April 1932

Nr. 89.

Schwere Zusammenstöße im Streitgebiet.

Zwei Tote in Brüx. / Zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte in Brüx, Kopitz und Komotau. Kommunistische Gewalttätigkeiten.

In einigen Orten des nordböhmisches Streitgebietes kam es im Laufe des gestrigen Tages zu Zusammenstößen zwischen Polizei, Gendarmerie und Militär auf der einen, Demonstranten, welche der kommunistischen Generalstreikparole gefolgt waren, auf der anderen Seite. Die Gendarmerie machte mehrmals von der Schusswaffe Gebrauch. Nach den bisherigen Nachrichten sind zwei Tote zu verzeichnen sowie eine Reihe von Schwer- und Leichtverletzten.

Wie die verhängnisvollen Berichte aus dem nordböhmisches Streitgebiet belegen, hat der Bergarbeiterstreik heute eine tragische Wendung genommen. In Brüx und Komotau gab es schwere Zusammenstöße; Tote und Verwundete sind auf der Straße geblieben. Diese Nachrichten wird die ganze Arbeiteröffentlichkeit dieses Landes mit wildem Schmerz und tiefer Trauer erfüllen. Auch ohne Kenntnis der näheren Einzelheiten kann bereits ausgesprochen werden, daß die Hauptschuld an den furchtbaren Vorgängen das kapitalistische System trifft, welches die Arbeiterschaft in eine Hölle von Krisenleiden stürzt und diese Leiden noch durch brutale Nationalistierungsmaßnahmen verschärft hat. Groß und Erbitterung erfüllt schon seit langem die arbeitenden Massen, welche zwischen mühseligen Forderungen ihrer Organisationen auf Wahrung des Arbeitslohnrechts und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von den Unternehmern und ihren Vereinen teils isoliert, teils schroff zurückgewiesen werden.

Freilich bleiben wir auch angesichts dieser letzten Vorgänge bei der Überzeugung, daß die Bergarbeiter Nordwestböhmens nicht den richtigen Weg gewählt haben, um ihre Leiden abzumildern und ihre Lage zu verbessern. Mit größter Beforgnis mußte jeder erfahrene Klassenkämpfer den Verlauf der Streikbewegung in den letzten Wochen verfolgen. Die letzten Ereignisse zeigen deutlich, welche schrecklichen Gefahren den Arbeitern drohen, wenn sie die Führung ihrer Kämpfe in die Hände Unverantwortlicher legen. Mit der gleichen Energie, mit der wir angesichts der Taten und Verwundeten nach wie vor jedes Abenteuerium in der proletarischen Bewegung bekämpfen werden, werden wir bestrebt sein, Klarheit zu schaffen, ob die zuständigen Behörden alles unternommen haben, um das Blutvergießen zu verhindern.

In dieser ersten Stunde richten wir an die Arbeiterschaft Nordwestböhmens die eindringliche Warnung, sich zu keiner Putschaktion anzubringen zu lassen und ausschließlich dem bewährten Rat ihrer erprobten Organisationen zu folgen!

Zwei Tote in Brüx.

In Brüx begannen die Demonstrationen um 2 Uhr nachmittags in der Kopitzer, Johndorfer- und Komotauer-Straße. Die Massen wurden wiederholt von der ausgerüsteten Polizei, der Gendarmerie und der Kavallerie zurückgedrängt, wobei etliche Kavalleristen und Polizisten und auch die Regierungsvertreter Eger, Pfeiffer und Müntel zum Teil schwer verletzt wurden. In der Komotauer-Straße wurde scharf geschossen. Die Menge begann aus dem Pflaster, welches sie aufgerissen hatte, eine Barrikade zu errichten und neuerlich die Gendarmerie und den hier assistierenden Zug Kavallerie anzugreifen. Als die Demonstranten auf die bewaffnete Macht Kugeln, mit denen Schienen an die Schwellen befestigt werden, zu werfen begannen, gab der Kommandant des Gendarmeregiments das Kommando zum Schießen. Es wurden zwei Salven abgegeben. Zwei Tote und einige Verletzte sind die Opfer dieses Zusammenstoßes. Die Zahl der Verletzten läßt sich noch nicht feststellen. Unter den Toten befindet sich ein gewisser Sedwiz aus Brüg, 29 Jahre alt, mit Brustschuß. Der andere Tote Kriz aus Tschansch, erhielt einen Kopfschuß.

Der Zug, der um halb 5 Uhr nachmittags von Brüx nach Komotau abgehen sollte, mußte in die Station zurückgebracht werden, da die Demonstranten die Schienen angerissen hatten. Um halb 7 Uhr abend war die gewöhnliche Ruhe in Brüx noch nicht eingetreten. Auf der Komotauer Straße sammelten sich immer weitere Demonstranten, größtenteils Halbwächter, hielten Autos auf und mußten immer wieder von der Gendarmerie vertrieben werden.

In Kopitz schritt ein Zug Kavallerie in der Stärke von 35 Mann gegen die Demonstranten ein, von denen sie mit Steinen beworfen worden waren. Bei dem Einschreiten in Kopitz und in Brüx wurden von den Demonstranten zwei Kavallerieoffiziere verletzt. Einem wurde der Ellbogen zertrümmert, der zweite an der linken Hüfte verletzt. Ferner wurden vier Soldaten schwer und drei leicht verletzt.

Gegen 8 Uhr abends ist in Brüx Ruhe eingetreten. Die Zahl der Verletzten wird auf 20 bis 25 geschätzt.

Blutige Zusammenstöße in Komotau.

Mehrere Schwer- und zahlreiche Leichtverletzte.

Der kommunistischen Generalstreikparole wurde in Komotau nur zu einem geringen Teil Folge geleistet. Für 3 Uhr nachmittags hätten die Kommunisten auf dem Marktplatz eine Kundgebung einberufen, welche jedoch von der Bezirksbehörde verboten wurde. Gegen 6 Uhr versuchten ungefähr 3000 Demonstranten aus dem Grenzlandgebiet nach Komotau zu gelangen. Der Zug wurde von ca. 60 Gendarmen, die auf drei Lastautos den Demonstranten entgegengefahren wurden, bei der Straßenbiegung gegen Udwitz und seit vom Klaufer aufgehalten. Dabei kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Gendarmerie und den Demonstranten, wobei erstere von der Schusswaffe

Gebrauch machten. Fünf Demonstranten und mehrere Gendarmen wurden dabei meist leicht verletzt.

Die Menge wurde dann gegen Udwitz abgedrängt. Ein Teil bemächtigte sich kurz darauf der auf der Straße stehenden leeren Lastautos, demolierte sie und setzte sie in Brand.

Zwischen hatte die Polizei, da von Komotau eine größere Menschenmenge gegen Udwitz vordringen wollte, die Straße beim Lagerkeller abgeriegelt. Eine Patrouille, bestehend aus einem Beamten der politischen Behörde und zwei Polizisten, begab sich in einem Mietauto zum Klaufer, wo sie die Verbindung mit der Gendarmerie herstellen wollte. Unterwegs wurde das Auto von einer größeren Menge angehalten. Die Polizisten wurden aus dem Auto gezerrt und blutig geschlagen. Sie kletterten in das in der Nähe befindliche Häuschen des Gärtners Vogel, welches jedoch von den Demonstranten gestürmt und demoliert wurde. Man schlug mit Steinen und Stöcken auf die Polizisten ein, von einem Demonstranten wurde auch ein Revolver beschuß abgegeben, der einen der Polizisten schwer verletzte. Der andere wurde mit einer Spikhacke niedergeschlagen. Das Mietauto wurde demoliert.

Später kam es beim Lagerkeller in der Weingasse ebenfalls nochmals zu Zusammenstößen, wobei von der Gendarmerie wieder geschossen wurde. Diesmal wurde jedoch niemand verletzt. Nur eine Frau wurde im Gedränge niedergestochen und in das Komotauer Krankenhaus gebracht.

Nachmittags intervenierte Genosse Adg. Kaufmann beim Bezirkshauptmann, um die Zurücknahme der Gendarmerie und Polizei zu erwirken. Zum Dank dafür wurde er von einigen fanatischen Kommunisten insultiert.

Am späten Abend herrscht in Komotau Ruhe.

Hitlers Armee aufgelöst!

Notverordnung des Reichspräsidenten. - Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen im ganzen Reich.

Berlin, 13. April. Die Sturmabteilungen, Schutzstaffeln und sonstige militärische Organisationen der NSDAP sind heute durch eine Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung aufgelöst worden. Die Reichsregierung hat dem Reichspräsidenten diese Maßnahme einstimmig empfohlen. Zu dem amtlichen Kommentar dazu heißt es:

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspricht einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Nachmittels schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Auch der Axtkämpferbund ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftskrise mit tatkräftigen Mitteln angehen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse. Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Landesregierungen einig. Sie ist fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Nachmitteln des Staates

Das Braune Haus besetzt.

Das Braune Haus in München ist gestern nachmittags von der Landespolizei besetzt worden. Die Zugangstüren zum Braunen Haus sind abgesperrt. Bisher ist der Zutritt in das Braune Haus in München, das von drei Abteilungen der Polizeibereitschaft besetzt wurde, auch den Journalisten verboten. Auf telefonische Anfragen antwortet bloß ein Polizeibeamte, der nähere Mitteilungen darüber ablehnt, was im Innern des Braunen Hauses vorgeht.

Den Anlaß zu dem Verbot der nationalsozialistischen Organisationen gab hauptsächlich die Enthüllung über einen Putsch, den sie zur den 13. März vorbereiten hatten, falls Hitler zum Reichspräsidenten gewählt worden wäre. Außer der bairischen und preussischen Regierung sollen die badische und hessische Regierung für das Verbot gewesen sein. Gegen das Verbot soll sich von den größeren Ländern bloß die sächsische Regierung ausgesprochen haben. Reichsinnenminister Brücker habe sich in der letzten Zeit gleichfalls überzeugen lassen, daß das Verbot am Platze wäre.

Die NSDAP selbst wird durch die Auflösung der militärischen Formationen nicht betroffen.

Hitler droht.

Hitler selbst tut, als ob er mit dem Verbot seiner militärischen Organisationen gerechnet hätte. Ähnlich wie in anderen Fällen wandte er sich auch diesmal an einen Auslandskorrespondenten - an den Berichterstatter des „Daily

Moralisch bankrott. Die Wegbereiter des Faschismus.

Auch wenn sich das Berliner kommunistische Blatt „Welt am Abend“ nicht zu dem Verständnis herbeigelassen hätte, daß bei der Präsidentschaftswahl am Sonntag ein Teil der kommunistischen Wähler zu Hitler abgewandert ist, es wäre doch nicht verborgen geblieben, daß mindestens eine halbe Million kommunistischer Stimmen für Hitler abgegeben wurden. Darin liegt ein so ungeheurer Verrat proletarischer Interessen, ein solches Maß von Verkommenheit, daß dieser Erscheinung noch eine besondere Betrachtung gewidmet werden muß.

Tag um Tag werden wir von den Kommunisten als „Sozialfaschisten“ beschimpft. Tag um Tag führen sie gegen die Sozialdemokratie den erdenkbarst schamlosen Lügenfeldzug, wobei sie es nie unterlassen, sich der Arbeiterschaft als die allein wahren Klassenkämpfer zu offerieren. Hier aber ist - und wahrlich nicht zum erstenmal! - weithin sichtbar geworden, wohin die kommunistische Politik und Agitation führt. Die Sache der Freiheit und des Sozialismus, die Sache des Proletariats ist wieder einmal in der schändlichsten Weise verraten worden. Und gerade von jenen Ober- und Ueberrevolutionären, die sich in der Schwärzung anderer proletarischer und wirklich sozialistischer Parteien und ihrer Anhänger nicht genug tun können.

Vergleichen wir einmal! Robe, fürchtbar nahe war die Gefahr, daß dem deutschen Volke die Denterfchlinge der faschistischen Diktatur um den Hals gelegt werde. Wäre die deutsche Sozialdemokratie einem solchen Doktrinarismus verfallen wie die Kommunisten, die ihm losgelöst von allem Verantwortlichkeitsgefühl für das Schicksal des Proletariats huldigen, so müßte die deutsche Arbeiterklasse jetzt alle Schmach, alles Unrecht und alles Leid der Knechtschaft über sich ergehen lassen. Wäre Hitler aus der Wahl mit der größten Stimmenzahl unter den Kandidaten hervorgegangen, so wäre das geschehen, worauf die kürzlich aufgedeckten und für die Nacht nach dem 13. März gedachten Putschpläne der Dalkenkrenzfaschisten hinweisen: mit Waffengewalt wäre versucht worden, die Diktatur des nationalistischen Abenteueriums aufzurichten, zumindest wäre Deutschland in einen blutigen Bürgerkrieg verstrickt worden, der, wie immer er ausgefallen wäre, Elend und Jammer des deutschen Volkes ins Ungemessene gesteigert hätte. Diese Gefahren abgewendet, die Ausführung der faschistischen Gewaltpläne verhindert und den größtmöglichen Traum des Faschistengenerals zerlegt zu haben ist das Verdienst der sozialdemokratischen Wähler, die zur Disziplin und politischen Reife durch ihre Partei erzogen, sich mit Eifer und ohne Zögern und Zaudern geschlagen haben. Dagegen die sozusagen radikalen kommunistischen Bankrottsplitter! Ihre ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtete Dege hat dem faschistischen Todfeinde der Arbeiterklasse erst recht Mut gemacht, sie war der Hauptposten in seiner Rechnung, die sie zu den höchsten Anstrengungen verleitete. Ihnen selbst hat sie schon im ersten Wahlgang eine Niederlage, im zweiten eine Katastrophe und überdies die Schande gebracht, daß hunderttausende ihrer Wähler anstatt für Thälmann, direkt für den faschistischen Kandidaten gestimmt haben. Was ebenso die „Welt am Abend“ wie den „Kämpfer“, das offizielle Organ der kommunistischen Partei in Chemnitz zu dem kleinlauten Geständnis zwingt, es hätten Kreise des Proletariats, die den Stimmungen der revolutionären Ungebild verfallen sind, diesmal Hitler ihre Stimmen gegeben.

So weit ist es also gekommen, daß der Faschismus seine Phalangen mit den Stim-

men kommunistischer „revolutionärer“ Wähler auffüllen kann! Das ist eine durch die kommunistische Erziehung zur höchsten Steigerung gediehene politische und moralische Verlotterung! Wenn die genannten kommunistischen Zeitungen beschönigend hinzufügen, es wären nur „höchstens fünf Prozent“ der Gesamtsumme gewesen, die sich „so verwirren“ ließen, so sprechen die Vergleichsziffern eine andere Sprache. In Sachen allein konnte Hitler weit über 100.000 Kommunisten aus der Thälmannfront herausbrechen, insgesamt wird eine halbe Million die richtige Ziffer sein, die Hitler aus dem kommunistischen Lager zugeflossen ist. Was aber die Begründung des Abmarsches der kommunistischen Wähler betrifft, diese hätten für Hitler gestimmt, um die „Entscheidung zu beschleunigen“, so ist damit wirklich ausgedrückt, was das Ziel der kommunistischen Politik ist: der Faschismus soll zur Macht kommen, der das vollbringen soll, was der kommunistischen Partei in den dreizehn Jahren ihres Bestandes nicht gelungen ist, das ist, es sollen durch die faschistischen Mord- und Blutbanden Sozialdemokratie und Gewerkschaften gesprengt, zerstört, vernichtet werden. So spiegelt sich in den vom Geist Moskows erleuchteten Köpfen der kommunistischen Bekenner die Welt, das ist es, was sie unter „Entwicklung zu beschleunigen“ verstehen! Wunderlich jemand darüber? Was von den kommunistischen Führern seit Jahren gesagt wird, das trägt eben seine Früchte.

Als vor einiger Zeit von einer Rede Manuiloff berichtet wurde, welcher dieser in einer Sitzung der Exekutive der kommunistischen Internationale gehalten hat und in der er dafür eintrat, Hitler seinen Weg gehen zu lassen, damit mit seiner Hilfe zunächst der sozialdemokratische Parteiapparat zerschmettert werde, weshalb vorläufig Hitler unzweifelhaft Bundesgenosse der kommunistischen Partei sei, wurde die Ablehnungsmaschine in Tätigkeit gesetzt. Aber spricht nicht der Geist von diesem Geiste des kompletten Wahnsinns deutlich genug aus der ungeheuerlichen und aufreizenden Tatsache, daß eine halbe Million kommunistischer Wähler, um „die Entwicklung zu beschleunigen“, glatt abshwenkt und sich zur freiwilligen Hilfsstruppe der Prätorianergarden des Großkapitals macht? Revolutionäre Ungeduld soll sie geleitet haben! Ein prächtiger Geisteszustand dieser kommunistischen Ueberläufer, der darin seinen Ausdruck findet, daß sie den Bürgerkrieg, Mord und Totschlag um jeden Preis herbeiführen und die sie zu Amokläufern macht, deren einzige politische Gesinnung die „Revolution“ ist, ganz gleichgültig ob es jene lang vergeblich erbotene kommunistische Weltrevolution ist oder jene Revolution, welcher der „legale“ Faschismus zustrebt, ganz gleichgültig, ob sie die Pistole für den Bolschewismus oder für den Faschismus abdrücken dürfen.

Nein, es geschehen keine Zeichen und Wunder! Alle Erscheinungen haben ihre natürliche Ursache. Auch die, daß Arbeiterschichten, die sich einbildeten, radikal-revolutionär und zielbewußte Klassenkämpfer zu sein, mit Begeisterung für die Errichtung eines nationalisten Gewaltregimes eintreten. Es ist

die Folge der durch die kommunistische Wahnsinnspolitik betriebenen Verblendung über die wirklichen politischen Gegebenheiten und Notwendigkeiten, welche dieses Ergebnis gezeitigt hat. Wenn von den Kommunisten die politische Auseinandersetzung jahrelang auf dem Niveau der Gasse geführt, wenn die kommunistischen Anhänger immerzu nur mit Haß gegen die Sozialdemokratie und gegen die Republik gefüttert werden, wenn die Sozialdemokratie als der Hauptfeind hingestellt wird, dessen Vernichtung zuerst mit allen Mitteln angestrebt werden muß, dann mußte kommen was kam, daß in den Köpfen der so erzogenen Menschen eine heillose Verwirrung entstanden

ist, die ihnen sogar ein direktes Eintreten für die Denker des Proletariats als rühmenswert revolutionäre Tat erscheinen ließ. Das in hellen Säulen erfolgte Ueberlaufen kommunistischer Wähler zum blutrünstigen Klassenfeind mußte jeden Arbeiter, der in der kommunistischen Schule Klassengefühl und Denken noch nicht völlig verlernt hat, über die arbeiterverräterische Rolle, welche die kommunistische Partei im proletarischen Befreiungskampf sich zugelegt hat, auf das eindringlichste belehren. Wer noch einen Funken proletarischen Ehrgefühls sich bewahrt hat, muß sich mit Ekel von einer Partei abwenden, deren Saat solche Früchte zeitigt.

Die Verhandlungen über die Beendigung des Streiks.

Vorschläge der Gewerkschaften. — Heute Fortsetzung.

Die Beratungen, welche das Ministerium für öffentliche Arbeiten für gestern einberufen hatte, und die den Zweck hatten den Boden für die Beilegung des Bergarbeiterstreiks zu bereiten, haben vorläufig zu keinem Resultat geführt. Als die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen die Forderungen der Bergarbeiter vortrugen, von denen die wichtigsten sind, die Verbringung von Garantien, daß die erfolgten Kündigungen der Bergarbeiter widerrufen und die Entlassungen eingestellt werden und daß allen Streikenden die Tage des Streikes nicht in den bezahlten Urlaub eingerechnet werden, erklärten die Vertreter der Unternehmer, daß sie zur Verhandlung so weitreichender Bedingungen keine Vollmacht haben und daß sie sich beraten, resp. über die Sache den Leitungen der Gesellschaften, die sie vertreten, berichten und von ihnen die benötigten Entscheidungen einholen müssen.

Unter diesen Bedingungen war es nicht möglich weiterzuverhandeln und die Verhandlungen wurden deshalb abgebrochen. Sie werden heute um 5 Uhr nachmittags wieder aufgenommen werden, bis zu welchem Termin die Unternehmer versprochen haben, sich mit den Leitungen ihrer Gesellschaften in Verbindung gesetzt zu haben.

Die Verhandlungen leitete der Minister für öffentliche Arbeiten Dostalek.

Vor Eröffnung der Beratungen verlangten die anwesenden Vertreter des kommunistischen Industriearbeiterverbandes, daß zu den Verhandlungen das Präsidium des Zentralstreikausschusses eingeladen werde. Dieses Verlangen wurde abgelehnt, weil man nach der Ansicht des Ministers Dostalek nur mit festen Kontrahenten verhandeln könne und nicht mit einer Korporation, welche keine Garantie für die Einhaltung von Vereinbarungen geben kann.

Zu der Erklärung der Vertreter der Bergbaubesitzer über ihre Vollmacht muß bemerkt werden, daß ihre Behauptung sehr unglaubwürdig ist und von der man mit Recht annehmen kann, daß sie zum Zweck hat, die Verhandlungen zu verlängern, wie das bei den Bergbaubesitzern üblich zu sein pflegt. Es hat dies den Zweck Unterhändler und Streikende zu ermüden und dadurch die Position der Unternehmer zu verbessern. Es war doch, als die Vertreter der Unternehmer nach Prag fuhrten, bekannt, worum es sich in dem Streik handelt und die Unternehmer hätten sich die nötigen Vollmachten holen können.

Im übrigen wurde festgestellt, daß die Vorschläge der koalisierten Verbände die Grundlage der weiteren Verhandlungen bilden werden.

Im Teplitzer Gebiet Ruhe.

Ruhefolge der kommunistischen Generalstreikparole.

Der Tag verlief im allgemeinen ruhig. Die Generalstreikparole wurde im Teplitzer Gebiet nur von wenigen kleineren Betrieben befolgt. Die Gendarmen zerstreute jede größere Ansammlung.

Kommunistische Lügen über die Union.

In Prag fand im Bio Liba eine Versammlung im Garten, an der zirka 3—400 Leute teilnahmen. Gesprochen haben zuerst der Kommunist Appel, die Senatorin Zieffal, dann ein gewisser Melzer und außerdem noch 6 bis 7 Redner. Besonders die Union der Bergarbeiter wurde äußerst heftig angegriffen. Der Union der Bergarbeiter schob man die Schuld zu, daß die Streikleitung nicht zu den Verhandlungen zugezogen wird. Daß der Kommunist Malik und der Holentkrenjer Broske an den Verhandlungen teilgenommen, wurde den Lesern verschwiegen. Von den Rednern wurde erklärt, daß das, was in Prag beschlossen werden wird, nicht zur

Kenntnis genommen werden soll, der Streik müsse vielmehr fortgesetzt werden bis zum Neujahr. Nach Schluß der Versammlung im Bio Liba zogen dann dennoch Demonstranten auf den Marktplatz, wo sie von der Gendarmen und der dort stationierten Kavallerie zerstreut wurden. Gegen 5 Uhr nachmittags war in Prag wiederum volle Ruhe eingetreten.

Kommunistische Generalstreikparole für Ostrau.

Nähr-Ostrau, 13. April. Der kommunistische Industrieverband veranstaltete heute nachmittags im Arbeiterheim in Peterswald zum Protest gegen die Prager Abmachungen eine Bergarbeiterkonferenz. Die übrigen Bergarbeitergewerkschaften hatten ihre Vertreter zu der Konferenz nicht entsandt, sondern im Gegenteil vor der Teilnahme daran gewarnt. Nach den einleitenden Worten des Abg. Kliment sowie einer Rede des Abg. Gottwald wurde beschlossen, die Prager Abmachungen abzulehnen und morgen früh den Generalstreik auf allen Gruben des Ostrau-Karwiner Reviers zu erklären.

Erfolgreiche Betriebsauswahlwahlen in Grulich.

Bei der am 9. April stattgefundenen Betriebsauswahlwahl bei der Firma Fräule Strainer in Grulich, die einst eine Hochburg der Kommunisten gewesen war, haben die Kommunisten ein Mandat verloren. Erhielten die Union der Textilarbeiter 318 Stimmen und 2 Mandate (1931: 296 Stimmen und 4 Mandate), die Kommunisten 170 Stimmen und 2 Mandate (196 und 3), die Christlichsozialen 184 Stimmen und 2 Mandate (166 und 2). Trotz der größten Anstrengungen gelang es den Kommunisten nicht, ihre Positionen zu halten. All ihre Agitation, Andringung von großen Werbetransparenzen an den Fabristoren, Flugblätter mit den gemeinsten Verächtlichkeiten gegen die Sozialdemokratie haben nichts genützt, die Kommunisten haben die Schlacht verloren.

Gemeindevahl-Erfolge

Bei den sonntägigen Gemeindevahlen in Koleschowitz im Gerichtsbezirk Jedusch erhielt die deutsche Sozialdemokratie 212 Stimmen und sechs Mandate (gegen 187 Stimmen und drei Mandate im Jahre 1927 und gegen 183 Stimmen bei den letzten Parlamentswahlen). Die unabhängigen Genossen erzielten mit 84 Stimmen zwei Mandate, die Landwirtsch. die deutschen Christlichsozialen zwei, eine unpolitische Wirtschaftsgemeinschaft zwei, die tschechischen Nationalsozialisten und Agrarier je zwei, die deutsche Gewerkepartei je ein Mandat. Unsere Partei hat also in diesem Orte ihre Stimmenzahl bedeutend erhöht, die Mandatszahl verdoppelt.

In Oberkie im Gerichtsbezirk Pederbaum hatten bisher, ohne Wahl, die deutschen Sozialdemokraten drei, die Landwirtsch. ein Mandate und die Tschechen eines inne. Bei der jetzt durchgeführten Wahl erhielt unsere Partei 122 Stimmen und fünf Mandate (gegen 106 Stimmen bei den Parlamentswahlen), die Landwirtsch. neun Mandate und die Tschechen wiederum ein Mandat.

Gegen einseitige Agrarpolitik.

Genosse Leibl zu den Spiritusgehehen.

Prag, 13. April. Im landwirtschaftlichen Ausschuss des Abgeordnetenhauses wurde heute die Debatte über die Spiritusgesetz fortgesetzt. Genosse Abgeordneter Leibl polemisierte gegen die geizigen Ausführungen des Berichterstatters Dr. Jodina, der über die Schattensellen der Spirituswirtschaft vollkommen hinwegging.

Durch die Benzinnischung wird die Staatskassa einen Zolleingang von 40 Millionen Kronen haben. Genosse Leibl verwies ferner darauf, daß die Kartoffel in der heutigen Krise ein unentbehrliches Nahrungsmittel sind und daß auch die heimische Futtermittelwirtschaft durch die Steigerung der Erzeugung von Kartoffelspiritus geschwächt wird. Die Kleinlandwirte und speziell die Gebirgslandwirte sind an den Spiritusgewinn nicht interessiert, denn sie sind froh, wenn sie im Herbst ihre Kartoffeln für den Winterbedarf nach Hause bringen.

Ferner hob Genosse Leibl hervor, daß das Gesetz über die Spirituswirtschaft ein Zwangsgesetz ist. Wenn es den Agrariern zum Vorteil gereicht, sind sie auch für Zwangswirtschaft und sie werden sich damit abfinden müssen, daß wir auch im Interesse des kleinen Landvolkes Zwangsgesetze, wie zum Beispiel den Vorkaufsrecht, fordern.

In seinen weiteren Ausführungen setzte sich Genosse Leibl mit den agrarischen Behauptungen

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrl

(Verlag „Der Schlüssel“, G. m. b. H., Berlin SW 11.)

Da macht er weiteren Verteidigungen sehr rasch ein Ende, indem er von den herumstehenden Jagdbücheln denjenigen nimmt, der noch zur Hälfte mit fleischfarbener Wolkenfäse gefüllt ist. Diesen hebt er auf, dreht ihn blühend um und legt ihn dem geifernden Weinstecher mit voller Stützgewalt aufs Strupphaar.

Da läuft dem gänglich überraschten Bürgermann der Rest der Sauermilch nicht nur in den Halsauschnitt hinunter, sondern trieft ihm auch in die schmerzlich verzogenen Mundwinkel, weshalb er gezungen ist, das Ausfalltor seines dröhnenden Schimpfs auf der Stelle zu schließen.

So wird Eille im Lande, sehr zum Bedauern von Schorsch und Dorck, die sich auf ein hübsches Durcheinander von Dörseigen und Roggenstößen gefreut haben.

Der hatte sofort nach seiner Rückkehr vom Früh von der mitgeschalteten „Zweck“ gehört und war natürlich spornreichs hingelaufen, um das neueste Werk des Pradanters zu sehen und es mit den entsprechend geforneten Haken sachmännischen Urteils herunterzureißen.

Run stellt er unten an den Brotsäulen, neben den italienischen Pastetenbäckern, den so wies aufserregten Malersmann, indem er ihn am Mittelarmel greift und mit höhnisch verzogenem Unterlippen fragt:

„Hand aufs Herz, Gevatter, wieviel Schmiergeld haben dir die Böhmern für ihren frischgebadeenen Engel auf den Tisch des Hauses geschüttet?“

Eine dumme Frage, eine blöde Frage, der sich übrigens keine dieser Art mehr anschließt.

Schweinlinger nämlich unterbindet etwaige dahinzuliege Reigungen auf der Stelle durch eine geballte Faust.

Die wird derart rasch und kräftig und nachdrücklich angekreut und landet mit solcher Ueberzeugungsmacht auf einem unverschämten Kinn, daß Jwidel, der plumpe Malersack, es vorzieht, unter plötzlichem Verkümmern und Würgen jeden häuslichen Gelochs, sich erst mal eine Weile im Kinnstein niederzulassen und dort in Demut abzuwarten, bis Gott in seiner unermesslichen Güte ihm neue Kraft zum Weiterstreiten schenkt.

Schweinlinger indessen ist leichtfüßig und strahlend davon, gerodert vor sich selbst und angefüllt mit all der Zufriedenheit, die ein gewisses gutes Werk dem inwendigen Remiden verleiht.

Am den Junstmeyer, der im Dreiwässchen liegt, als ob er da die größten Vollen heraus-schöpfen möchte, sammelt sich allerlei Volk, begeistert, das Wiederaufstehen des Klosters zu genießen und vor allem den Ausbruch der Segenswünsche, die er seinem Bodiger nachsehen wird.

gestühter Stadtmehr, ohne Koller und ohne Partisaneneien; denn er hat Urlaub. Der sieht dem Mariete von der Reitmair, das auch im Kreis steht und keine grünen Fischeaugen wandern läßt, also steif ins Gesicht, daß die Jungfer aus dem Salzen ihre ganz Krampfürtigen zeigt, indem sie fragt:

„Was glostest du mich in einem fort an, du ich dir oppen Geld schuldig?“

„Das grad nicht!“ erwidert der Krebs, in jenem lustigen, roten Gesicht noch röter werdend, „aber eine böstliche Antwort bist du mir schuldig noch von gestern abend her!“

Auf diese Antwort hin schaut das Mariete den Kröpfen etwas genauer an und, o Schreck, laß nach, erkennt in ihm den Stadtwappner, dem es beim Einzug der Deutschordenritter vom Malhaus-Fenster aus das Vorhandensein eines ordentlichen Kreuzes bestritten hatte.

Jetzt ist die Reihe, Feuer in die Ohren zu kriegen, an ihr, und sie fragt, aber das doch, um Zeit zum Ueberlegen zu haben: „Was für eine Antwort?“

„Kommi mit!“ sagt led der Kreine, „du wirst sie schon sehen!“

Das Mariete schaut in seine hellen Augen, aber es kann den Blick nicht aushalten. Der dreunt ja wie Sonne!

Sie wippt mit dem Knie, fängt ihren Schurzbandel und spielt verlegen damit. Soll sie mitkommen? Soll sie nicht? Sie schwankt. Aber wenn eine Frau schwankt, ist sie schon mit beiden Füßen verloren.

Run, schließlich geht sie doch mit, trotz ihrem anfänglichen Widerstreben, und nachher, als sie in abgelegene Gassen kommen, wo der Halber über die Mauer hängt und wo es infolgedessen viel dunkler ist als anderswo, da hört es sie nicht einmal, daß der kleine Krebs sich schart auf sie setzen stellen muß, um sie selbst wenn sie den Kopf beugt, ordentlich ablassen zu können.

Doch mit diesen Krüffen hat es eine eigene Bewandnis. Sie besaufen ihr Blut öger als Wein und geben ihr eine solche Fülle von Kraft, daß sie nachher imstand ist, den, der die Krüffe aussteilt, auf ihren eigenen Armen in die Kammer zu tragen. Denn die verdammte Treppe knarrt, und die Wirten darf um Gottes willen nicht merken, daß mehr hinauf ist als nur ihr Tritt!

Das Reitmairer Mariete hat seinen raschen Entschluß und seine Boghöflichkeit nie zu bereuen gebraucht; denn was hernach folgt, als die Tür geschlossen und gut abgeriegelt ist, das schließt ihr die sieben höchsten Himmel schon hienieden auf der Erde auf.

Schon eine Viertelstunde später sieht das Mariete ein, daß die Gaben der Welt wirklich ungleich verteilt sind. Der Krüffigkeit nach, die der kleine Krebs zeigt, hätte er weitans der oberste Mann im Reiche sein müssen; denn der Pfalzgraf und seine Pfalzgräfliche Kunst versinkt neben ihm und der seinigen zu weniger als einem armen Schattenschatzen.

Und als das Mariete endlich wieder denken kann in der Nacht und die Sterne zählen, die durch das Fenster scheinen, da nimmt es sich vor, bei Herrn Ludwig den Augenblick abzuwarten, wo er wieder einmal daran geht, ihr seine gesamte Erbschaftsbesitzung zu Füßen zu legen. Da will sie mit aller List dreinfahren, um für ihren kleinen Krebs eine Verforgung zu finden. Der gute Junge verdient allermindestens eine Waideloder eine Hauptmanns-Stelle. Was soll er sich ewig als Rottmann abplagen? Ueberdies, wer weiß, es ist nicht mal lang hin bis zum April. Vielleicht gilt es zu dort, für einen noch kleineren Krebs zu sorgen.

Das Mariete lächelt glücklich und spürt an seinen heißen Boden, daß es erst jetzt rot geworden ist, erst jetzt, beim Gedanken an den künftigen Jungen.

einander, daß gegen die Landwirtschaftskrise in diesem Staate bisher nichts geschehen sei. Ohne die beschlossenen Schutzsätze würde sich ein Mittelschichtes Weizenmehl in Bregburg auf 97 Heller stellen und könnte in Prag mit K. 1.40 verkauft werden.

Unsere Agrarier sollten sich die Verhältnisse in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien anschauen, wo die landwirtschaftlichen Preise um die Hälfte, ja bis zu zwei Dritteln, niedriger sind.

Anschließend warnte Genosse Leibl die Agrarparteien, die Arbeitslosenfrage in der gewohnten Weise weiter zu bekämpfen, denn die Landwirtschaft würde am meisten darunter leiden; wenn die hungernden Massen zur Verzweiflung getrieben würden!

Am weiteren Verlauf der Debatte setzte sich Genosse Koudelka eingehend mit der verfehlten Wirtschaftspolitik der Agrarier auseinander. Die monopolkapitalistische Junkerwirtschaft in diesem Staate belastet noch seiner Schätzung die Konsumenten mit einer dreiviertel Milliarde jährlich und hat auch die Rübenproduzenten an den Rand des Ruins gebracht. Genosse Koudelka forderte mit allem Nachdruck, daß auch den Rübenbauern durch das Gesetz ein größeres Spiritus-Kontingent eingeräumt werde. Weiter erklärte er, daß seine Partei als Vorbedingung für das Zustandekommen des Gesetzes Garantien gegen eine einseitige agrarisch-kapitalistische Beherrschung der Spiritusbewirtschaftung fordere.

Die Generaldebatte wurde in den Nachmittagsstunden auf Dienstag verlegt.

Schutz der Ehre und Pressegesetz.

Der verfassungsrechtliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelte am Nachmittag die rechtlichen drei Abschnitte der Vorlage über den Schutz der Ehre, womit die Spezialdebatte über die ganze Vorlage beendet wurde. Die Abstimmung wurde noch nicht vorgenommen, sondern zunächst ein Redaktionskomitee eingesetzt, dem u. a. auch Genosse Hadenberg angehört. Dieses Komitee soll die endgültige Textierung der Vorlage vornehmen und dabei auch die gestellten Änderungsanträge und Einwände in Berücksichtigung ziehen; erst dann wird, voraussichtlich schon im Laufe der nächsten Woche, der Ausschuss die Schlussabstimmung über die einzelnen Abschnitte vornehmen. Die — rein formale — Abstimmung über den Kopf des Gesetzes wird auch dann noch aufgeschoben werden, um eventuell noch nachträglich einige Bestimmungen mit dem neuen Pressegesetz in Einklang bringen zu können, das gleichfalls vor seiner Vollendung steht und nach dieser Woche in den Ministerrat kommen soll.

Beide Vorlagen, Pressegesetz und Ehrenschutz, sollen dann vom Plenum des Abgeordnetenhauses unter einem behandelt werden.

Beschlagnahme S.A.-Heime.

Berlin, 13. April. In Durchführung der Notverordnung sind heute in Berlin von der politischen Polizei zahlreiche wichtige Geschäftsstellen der NSDAP, darunter auch 22 Heime und Wohnungen von bekannten Führern der Organisation, durchsucht und die Heime geschlossen und versiegelt worden. Das gesamte vorgefundene schriftliche und gedruckte Material ist beschlagnahmt worden.

Bei der Polizeiaktion in Darmstadt wurden die SA-Unterkunft im Brauner Haus, ein weiteres SA-Heim und das Heim der Hitlerjugend beschlagnahmt. In Darmstadt und Umgegend wurden beschlagnahmt: Ein Flugzeug, mehrere Autos und Motorräder, eine Menge vollgepackter Tornister mit eisernen Rationen, Feld- und Telephongeräte, Verbandspäckchen und Feldtismaterial, Militärmäntel mit Achselknäufen des Artillerie-Regiments 61 und größere Mengen militärischer Ausrüstungsmittel (Spaten, Feldflaschen, Brotbeutel usw.). Sichergestellt wurden zahlreiche Handfeuerwaffen sowie Stiel- und Schwäben aller Art. Schriftstücke und Urkunden von beachtlichem Inhalt wurden ebenfalls sichergestellt. Im Augenblick finden noch Durchsuchungen in den Privatwohnungen von SS- und SA-Leuten statt.

Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und im übrigen Westfalen ist die Auflösung der SA- und SS-Formationen und die Schließung der Heime durch die Polizei ohne jede Störung vor sich gegangen.

In Frankfurt ist die Auflösung der SA- und SS-Formationen der NSDAP in den letzten Nachtstunden durchgeführt worden. Soweit bisher Meldungen vorliegen, ist es dabei nirgends zu Zwischenfällen gekommen. In Frankfurt wurden 12 Heime geschlossen und die Bewohner anderweitig untergebracht, und die Aktion erfolgte so überaus ruhig, daß sie vom Publikum kaum bemerkt wurde. In Darmstadt wurden u. a. das Braune Haus und drei andere SA-Heime geschlossen. Auch in Mainz ist die Durchführung der Notverordnung ohne die geringsten Schwierigkeiten vor sich gegangen.

Wie aus Stettin, Dresden, Hannover, Danabrad, Breslau, Nürnberg und Stuttgart gemeldet wird, sind in diesen Städten in Durchführung der heutigen Verordnung des Reichspräsidenten die SA-Heime von der Polizei unterzucht und geschlossen worden. Die Schließung und Durchführung der SA-Heime verlief überall reibungslos.

Heuer entfallen alle Manöver.

Ein neuer sozialdemokratischer Erfolg in der Beschränkung der Militärlasten.

Prag, 13. April. Die rastlosen Bemühungen beider sozialdemokratischen Parteien, in dieser Krisenzeit die unerschöpflichen Ausgaben für den Militarismus so stark wie nur möglich einzuschränken, haben einen weiteren Erfolg gezeitigt. Als heute im Beiratsrat des Abgeordnetenhauses der gemeinsame Antrag der sozialdemokratischen Parteien, heuer alle militärischen Übungen ausfallen zu lassen, zur Verhandlung kommen sollte, sah sich Verteidigungsminister Biskovitz bemüht, aus freien Stücken zu erklären, daß die Militärverwaltung heuer aus Sparungsgründen überhaupt alle Manöver ausfallen lasse und daß lediglich in der unmittelbaren Umgebung der betreffenden Garnison die kleineren Einheiten Übungen abhalten dürfen.

Ziffermäßig drückt sich die dadurch erzielte Ersparnis folgendermaßen aus: Während im Jahre 1926 für militärische Übungen (Manöver und Waffenübungen) ein Betrag von 86 Millionen ausgegeben wurde und noch im Jahre 1931 60,5 Millionen diesem Zweck gewidmet wurden, sind heuer lediglich 39,2 Millionen für diesen Zweck vorgesehen.

Was die Waffenübungen anlangt, so werden heuer, wie bereits in den früheren Jahren, lediglich drei Jahrgänge einberufen werden, während dem ältesten Jahrgang (1921) die heutige letzte Waffenübung überhaupt erlassen wird. Ferner wird auch jenen Verbänden, die im Vorjahr einen Aufschub der Waffenübung erhielten oder die sie krankheitsbedingt nicht absolvieren konnten, die auf heuer verlegte Waffenübung erlassen. Alle Waffenübungen werden auf drei Wochen verkürzt, während nach dem Begehren die ersten beiden Waffenübungen vier Wochen dauern sollen.

Bezüglich der Manöver habe sich, erklärte der Minister, die Militärverwaltung schon in den letzten Jahren auf Divisionsmanöver beschränkt, die im Jahre 1931 auf sechs Divisionen beschränkt wurden; heuer werden diese größeren Schlußübungen überhaupt ausfallen, so daß die militärische Ausbildung lediglich in kleineren Einheiten und nur in der nächsten Umgebung der betreffenden Garnisonsstadt erfolgen wird.

Begründeten Gesuchen um Verlegung des Termins der Waffenübungen komme die Militärverwaltung nach Möglichkeit entgegen. Zu diesem Zweck wurden einige Termine eingeführt, die auf die Zeit von April bis September aufgereicht sind, so daß die Befehlsführenden um Einreichung in jenen Terminen ansetzen können, der für sie am wenigsten drückend hindert. In Ausnahmefällen, wo die Existenz des Betreffenden ernst bedroht wäre, kann die Waffenübung auch außerhalb dieser Termine geleistet, eventuell auch auf das nächste Jahr verschoben oder in der nächsten Garnisonsstadt abgehalten werden.

Nach der Rede des Ministers wurde noch zum Referenten über die Dienstzeitverkürzung der Nationalsozialisten Spatny gewählt. Der Ausschuss wird nächste Woche in den Verhandlungen fortarbeiten.

Nach Schluß der Ausschusssitzung fand eine Beratung der der Koalition angehörenden Ausschussmitglieder statt, die sich mit den namentlich von sozialdemokratischer Seite gestellten weitergehenden Anträgen in der Frage der Dienstzeitverkürzung befaßte und in der militärische Sachverständige ein Referat über die Dienstzeitverkürzung erstatteten.



Ein jeder Magen

verlangt naturgemäßes, schnell verdauliches und damit nahrhaftes Fett

Deshalb nimm lieber

100% reines Pflanzenfett



zuzug der deutschen Wirtschaft in der nächsten Zeit wenigstens zum Stillstand gebracht werden soll, dann muß zusätzliche Arbeit geschaffen werden.

Zu vermag nicht davon zu glauben, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands sich wieder in ähnlichem Tempo vollziehen wird, wie von der Jahrhundertwende bis an das Ende der Scheinblüte von 1929. Wenn ich richtig sehe, dann dürfte sowohl die wirtschaftliche Konzentration wie die Zusammenballung der Bevölkerung an wenigen Plätzen ihren Höhepunkt erreicht haben. Geht man von dieser Annahme aus, dann werden wir wieder zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volkes kommen müssen. Will man die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des Jahres 1932 ihrer Wichtigkeit nach einordnen, so ergibt sich folgende Reihenfolge: 1. Die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zustand verführt werden; 2. die Staats- der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das 3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung an der im Jahre 1932 ebensowenig wie im Jahre 1931 gerüttelt werden darf; 4. Was dann noch ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschaftskrisis und zur Belebung der Wirtschaft geschehen kann, wird und muß geschehen.

Zum Schluß ging der Minister noch einmal auf die Frage der Arbeitsfrage und auf die Lohnfrage ein. Er erklärte: Die bisherige abwartende Haltung der Regierung gegenüber der Frage der Arbeitsfrage wird im Laufe des Jahres 1932 allerdings nicht beibehalten werden können. Diese Frage wird schon in nächster Zeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu besprechen sein. Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen läßt, so wird nichts anderes übrig bleiben als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung.

Eine allgemeine Senkung der Löhne, wie man sie in breiten Arbeitnehmerkreisen befürchtet, kommt nach Meinung des Reichsarbeitsministeriums nicht in Frage. Allerdings sind in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen notwendig (Hört, hört und große Lärme), denn im Winter 1927 war die Relation zwischen den Löhnen in den verschiedenen Gewerben sehr viel ungünstiger als im Dezember 1931. Von 1927 bis 1931 hat nämlich eine gewisse Angleichung der Löhne stattgefunden, und da die Notverordnung roh in diese Verhältnisse eingegriffen hat, haben wir heute ein größeres Durcheinander als im Dezember 1931 (Unruhe und Widerspruch). Aber daraus, daß diese Angleichung wieder herbeigeführt werden soll, darf nicht geschlossen werden, daß diese Angleichung als das allgemeine Signal für Lohnsenkungen anzusehen sei. Jedenfalls möchte ich zum Schluß noch einmal betonen: Was zur Beseitigung der Not der Erwerbslosen geschehen kann, das wird von Seiten der Reichsregierung bestimmt geschehen. (Rufe: Abwarten.)

Auf Vorschlag des Bundesvorstandes fand der Kongress nunmehr ein Telegramm an die gegenwärtig in Genf stattfindende Internationale Arbeitskonferenz. In dem Telegramm wird schnellstens eine internationale Konvention mit Maßnahmen gegen die Arbeitslosennot und insbesondere die Einführung der 40 Stundenwoche verlangt.

Der Vorsitzende Brandes verlas dann ein inzwischen eingegangenes Guldigungs Schreiben des Reichskanzlers Dr. Brüning.

Genosse Braun

erklärte u. a.: Alle noch vorhandenen Mittel müßten zur Aufhebung der öffentlichen Wirtschaft aufgewendet werden, die eine Aufhebung der Privatwirtschaft zur Folge haben würde. Außerdem sei eine Aufhebung der Verbindung mit dem Auslande notwendig. Auf eine Reparationslösung brauche man dabei nicht zu warten, das Reparationsproblem sei he-

Kongress der deutschen Gewerkschaften.

Arbeitsbeschaffung. — Arbeitszeitverkürzung.

Berlin, 13. April. (Sch. P. B.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltete Mittwoch im Reichstag einen außerordentlichen Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zur Behandlung der Arbeitsbeschaffungsfrage. Der Kongress war mit großer Spannung erwartet worden, da der Reichskanzler bei dieser Gelegenheit selbst das Wort ergreifen wollte. Zu Beginn des Kongresses wurde aber bekannt, daß der Reichskanzler im letzten Augenblick abgelehnt habe und daß statt seiner Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Kongress sprechen werde. Mit dem Reichsarbeitsminister ist als Vertreter der Reichsregierung Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold erschienen. Anwesend war ferner der preussische Ministerpräsident Braun, mehrere preussische Minister, Reichstagspräsident Loebe usw.

Der Bundesvorsitzende Leipart

begrüßte die Gäste und erklärte, daß die Cessantität allmählich gegenüber der ungeheuerlichen Tatsache eines Arbeitslosenheeres von sechs Millionen abgestumpft sei. Auch die verantwortlichen Stellen verhalten sich dieser Frage gegenüber als passiv. Um so nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben. Der Bundesausschuss sei in seinen Beratungen zu dem Schluß gekommen, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken. Von der planmäßigen Arbeitsbeschaffung hänge die Existenz von Volk und Staat ab.

Der rigorose Abbau der sozialen Leistungen und der Löhne müssen unbedingt zu einer Vereinfachung der Volkswirtschaft führen. Nichts sei geschehen, um durch systematische gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Es sei ein Skandal, daß noch immer regulär über 48 Stunden gearbeitet würde und immer noch Leute mit Pensionen anderen Arbeitsplätze wegnehmen, daß kein ernsthafter Versuch unternommen worden sei, die Frage des Doppelverdienertums zu lösen. Der Ruf nach Kostensenkung habe dafür um so mehr Gehör gefunden. Obwohl die zwangweise Senkung der Preise mit der Senkung der Löhne nicht Schritt gehalten habe, hätten die Arbeitgeber zum 30. April fast alle Tarifverträge gekündigt, um weitere Lohnkürzungen durchzusetzen. Der Kongress erhebe entschieden Protest gegen diese widerwärtige Politik, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen müsse. Man habe gesagt, eine Arbeitsbeschaffung großen Stils sei mit Rücksicht auf außenpolitische Interessen und namentlich auf Frankreich unmöglich. Die Gewerkschaften stellen daher vor aller Welt die Frage, ob es der Sicherheit Frankreichs und der Befriedung Europas und der Welt diene, wenn infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Wirtschaftsnote immer weitere Kreise dem politischen Radikalismus verfallen. Kann Frankreich im Ernst Folgerungen für seine weder wirtschaftlich noch moralisch gerechtfertigten Reparationsansprüche ziehen, wenn Deutschland die letzten noch vorhandenen Finanzreserven für die Beschaffung von Arbeit aufwendet? Keine übertriebene Rücksicht auf außenpolitische Interessen darf daher die Reichsregie-

rung veranlassen, die unmittelbare Inanspruchnahme der Arbeitsbeschaffung hinauszuschieben. Das Hauptreferat über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hielt dann der stellvertretende Vorsitzende

Wilhelm Eggert,

der das vom Bundesauschuss vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm begründete. Er führte u. a. aus, angesichts des Verfalls des kapitalistischen Wirtschaftssystems müsse sich die Arbeiterklasse zwischen den beiden Standpunkten der Revolutionärsromantik und des Unternehmertums durchsetzen und dabei den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsbedeutungswirtschaft erzwingen.

Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden.

wofür ein Gesamtaufwand von rund zwei Milliarden Reichsmark erforderlich wäre. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordere das Aufgebot aller Kräfte. Die öffentlichen Haushalte, Steuermittel, Ersparnisse der Reichsanstalten und eine vollständige Arbeitsbeschaffungsanleihe müßten hierzu herangezogen werden. Zum Schluß erklärte der Redner, daß die Regierung für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt habe. Jetzt habe auch die Arbeiterklasse das Recht, Forderungen zu stellen. Der Kongress erhebe deshalb die Forderung, daß unter Führung der Reichsregierung in Zusammenarbeit mit den Vertretern der in Frage kommenden Körperschaften die Arbeitsbeschaffung geregelt werde.

Darauf nahm Reichsarbeitsminister h. r. Dr. Stegerwald

das Wort und führte etwa Folgendes aus: Die Deutschlands Gesamtlage sich im Jahre 1932 entwickeln wird, ist im Augenblick noch schwerer übersehbar als in den beiden vorangegangenen Jahren. Zweierlei dürfte allerdings schon jetzt als ziemlich sicher anzusehen sein: Einmal daß die deutsche Ausgabe im Jahre 1932 mit vergrößerten Schwierigkeiten zu kämpfen haben dürfte, daß also

die Arbeitslosigkeit der Ausfuhrseite gesehen eher zunehmen als abnehmen wird,

weiterhin, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Frühjahr- und Sommermonaten des Jahres 1932 ein geringerer sein dürfte als in den vorausgegangenen Jahren, was mit den Kreditverknüpfungen und dem daraus folgenden großen Betriebsterben zusammenhängt. Darüber gibt es gegenwärtig noch drei große Unsicherheitsfaktoren, die für die deutsche und für die internationale Wirtschaftsentwicklung von fundamentaler Bedeutung sind, und zwar 1. wie die im Juli d. J. in Aussicht genommene Reparationskonferenz enden wird, 2. wann infolge dessen der Wendepunkt der Weltwirtschaftskrise zu erwarten ist, ob in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, wie man in England und Amerika weithin annimmt, oder aber erst im Laufe des Jahres 1933, 3. der dritte Unsicherheitsfaktor ist die Frage, wann eine größere innerpolitische Beruhigung zu erreichen sein wird, und dabei ist, nachdem jetzt die Reichspräsidentenwahl hinter uns liegt, das entscheidende der Ausgang der Preußenwahlen.

Mit dem Preis der Inflation darf die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand keinesfalls erkaufte werden. Wenn der Schrumpfungspro-

reits gelöst und zwar dadurch, daß Deutschland einfach nicht zahlen könne (lebhaft Zustimmung). Mit dem Schlagwort: „Wir müssen uns wieder Hochhuten“ sei nichts erreicht. Bei dem „Düngern“ denke jeder immer an den anderen: durch Lohnbrüder werde man auch nicht leistungsfähig, sondern ruiniere nur den Binnenmarkt. Deshalb müsse, sobald innerpolitische Entscheidungen gefallen seien, ohne Rücksicht auf die Außenpolitik, die Arbeitslosenfrage zunächst durch die Kürzung der Arbeitszeit angegriffen werden. Redner betonte, daß er in dieser Forderung noch über die der Gewerkschaften hinausgehen und eine noch radikalere Kürzung als die 40 Stundenwoche verlange (lebhaftes „Zehr richtig“). Darin sehe er die einzige Möglichkeit, auch die ungelöste politische Verdrängung und politische Krisenzeit zu beenden (Stürmischer Beifall).

Der Kongreß nahm nach Schluß der Aussprache einstimmig eine längere Entschließung an, in der die Forderungen, die Eggert in seinem Referat begründet hatte, noch einmal zusammengefaßt werden. Im zweiten Teil der Entschließung heißt es dann weiter:

Unbeschadet aller Vordringlichkeit der Arbeitsbeschaffung erklärt der Kongreß es als eine gleichfalls unerlässliche Aufgabe der Reichsregierung, aus den katastrophalen Erscheinungen und Vorgängen auf dem Gebiete der Wirtschaft die Lehren zu ziehen, um Volk und Staat in Zukunft vor gleichen Erschütterungen sicherstellen. Die Wirtschaftsführung des privatkapitalistischen Systems hat nach den Erfahrungen der letzten Zeit das Vertrauen weitest Volkstreu verloren. Der Einfluß des Staates, seine Aufsicht und seine Mitwirkung in der Wirtschaft müssen beschleunigt ausgebaut und verstärkt werden. Der Kongreß beauftragt den Bundesvorstand, die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.

Grandi gegen Tardieu.

Gen., 13. April. Im Hauptansatz der Abrüstungskonferenz wandte sich heute Außenminister Grandi gegen die gestrigen Ausführungen Tardieus und erklärte, Italien fordere die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsfähigkeit eines Staates entscheidend seien. Italien fordere progressive Abschaffung der Artillerie, angefangen mit den großen Kalibern; ferner Abschaffung der Tanks. Jeder Staat müsse vom Beginn des Inkrafttretens der Abrüstungskonvention an jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage seiner Linienfahrzeuge, Flugzeugträger und U-Boote zerstören. Weiter verlangte Grandi progressive Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gaskrieg und dem bakteriologischen Kriege dienen. Grandi betonte mit Nachdruck, daß diese qualitative Abrüstung nur ein System sei, das durch andere Maßnahmen ergänzt werden müsse. Er erklärte ausdrücklich, das Ziel der Abrüstungskonferenz sei die Herabsetzung und nicht die Vergrößerung der Rüstungen.

Irrenhaus? — nein deutsche Politik!

Berlin, 13. April. Unter dem Vorsitz des Landeswahlleiters Dr. Saenger tagte heute der preussische Landeswahlausschuß zur Feststellung der Landeswahlvorschlüge für die preussische Landtagswahl. Insgesamt waren 20 Landeswahlvorschlüge eingebracht, von denen nur einer juristisch geprüft wurde, weil er den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspricht, nämlich der Vorschlag einer deutschen Steuerzahlerpartei. 19 Wahlvorschlüge wurden zugelassen, und zwar Wahlvorschlüge der Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Zentrumspartei, Kommunisten, Volkspartei, nationalen Front, Deutscher Stände (Wirtschaftspartei, Landvolk und Junge Rechte), Staatspartei, Nationalsozialisten, Deutsch-Hannoverschen Partei, des Christlichsozialen Volksdienstes, sozialistischen Arbeiterpartei, ein Wahlvorschlüge „Höchstgehalt der Beamten 5000 Mark, für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeteiligungen“, weiter ein Wahlvorschlüge „Radikale Partei Bewegung für deutsche Geburtenregelung und Wohlstand“, früher radikale deutsche Staatspartei, nationale Arbeiterpartei in Deutschland, Partei der Erwerbslosen für Arbeit und Brot, deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft (idealistische Bewegung Deutschlands), deutsche Volksgemeinschaft (sozialrevolutionäre Wirtschaftsbewegung), ein Wahlvorschlüge nationale Opposition der Reinigten Reichsbauern, gläubiger, Menschenheitspartei.

Hitler klagt Braun

München, 13. April. Die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP teilt mit, daß Adolf Hitler den Rechtsanwalt Dr. Frank II München beauftragt hat, gegen den preussischen Ministerpräsidenten Braun und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des Berliner „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen und Privatklage zu erheben wegen der Behauptung, Hitler und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten.

Tagesneuigkeiten

Eine Brettsäge abgebrannt.

In einer der letzten Nächte brach offenbar infolge Kurzschluss nach Witternacht in der Brettsäge des Herrn Wenzel Weislich in Klein-Tschodan ein Schadenfeuer aus. Durch den herrschenden Wind verbreitete sich das Feuer sehr schnell und vernichtete das Brettsägeobjekt mit samt der Einrichtung, obwohl die erdichteten Wehren mit aller Energie an einer Eindämmung des Feuers arbeiteten. Das Gebäude, das ein Ausmaß von 12 mal 5 Metern hatte und 7 Meter hoch war, konnte nicht mehr gerettet werden, dagegen konnten die Nachbargebäude vor den Flammen bewahrt werden. Soweit die Erhebungen nach der Brandursache gepflogen werden konnten, dürfte das Feuer durch Kurzschluss entstanden sein. Es ist aber noch der Ansicht der Gewandmerie auch nicht ausgeschlossen, daß beim Scherzen der Schneidmaschine ein Funke absprang und in die daneben liegenden Hobelspane fiel, wo er weiterglühte und dann das Feuer verursachte. Dem Brand fiel auch noch ein Holzstapel mit 30 Kubikmetern Holz zum Opfer. Der Schaden, welcher etwa 100.000 Kronen beträgt, ist nur zum Teil gedeckt.

Großfeuer in V.-Leipa.

In der Nacht vom 12. zum 13. d. M. geriet die nächst dem Bahnhof in V.-Leipa gelegene sogenannte Deutschmanasäge, ein größeres Sägewerk, aus bis zur Stunde noch nicht festgestellter Ursache in Brand. Die ganze Anlage und beträchtliche Holzportale wurden vom Feuer ergriffen und die Betriebsanlage vollständig vernichtet. Durch den Brand wurden 12 Arbeiter in ihrer Existenz aufs schwerste gefährdet.

Unter Vulkan-Äsche.

Volparaiso, 13. April. (Reuter.) Die Städte Volparaiso und Santiago sind mit einer Lavaschicht und mit weißer Aschenschicht bedeckt. Es hat den Anschein, als ob die Vulkanaktivität nachlassen wollte, denn die aus den Kratern emporsteigenden Flammen lassen an Intensität nach, doch wird aus den Vulkanen immer noch ununterbrochen Äsche emporgeschleudert. Der Wind, der sich gedreht hat, treibt die Aschenwolken zum Gebirge zurück. Opfer an Menschenleben werden nicht gemeldet.

Buenos Aires, 13. April.

Der Regen über der Stadt hat aufgehört, jedoch herrscht dichter Nebel. In Mendoza ist die Temperatur ungewöhnlich niedrig. Aus Malargue verläuft die Luft stark mit Schwefeldämpfen erfüllt. Rötliche Wolken bedecken den Himmel.

Ziehung der Klassenlotterie

Table with 2 columns: Amount (K) and Winning Numbers. Includes categories like 1,000,000 K, 20,000 K, 10,000 K, 5000 K, 2000 K, 1000 K, 500 K, 200 K, 100 K, 50 K, 20 K, 10 K, 5 K, 2 K, 1 K.

Professor Wunder — vier Monate Kerker

Das Urteil im Saarländer Verleumdungsprozeß.

Prag, 13. April. Das Urteil gegen den Saarländer Professor Dr. Wunder, dem zur Last gelegt wurde, einige Kollegen wegen sozialistischer Umtriebe und Spionage zugunsten Deutschlands und Sowjetlands fälschlich anzuzeigen, ist gefallen. Die Strafe ist auf vier Monate Kerker, nach Wiederholung, an umfangreichem Material mehrfach vorgekommen und sehr ins Detail gehender Analyse, erklärte die Sachverständigen in ihrem Gutachten, daß die Identität der Schrift jener anonymen Anzeige und den Schriftproben von der Hand Prof. Wunders als absolut sicher anzusehen sei. Nach umfangreichem Plädoyer des Verteidigers fällte der Senat des OGH. Marzka das Urteil, durch welches Wunder schuldig erkannt und zu einer Kerkerstrafe von vier Monaten verurteilt wurde. Die Strafe ist auf drei Jahre bedingt.

Dynamit-Explosion bei Chardin.

Tokio, 13. April. Die Tokioter Presse berichtet aus Chardin, daß gestern abends in einer Entfernung von etwa 10 Meilen östlich von Chardin

durch die Explosion einer großen Dynamitmine 11 japanische Soldaten getötet, 19 schwer und 74 leicht verletzt wurden. Militärs schadet nach den Tätern, wahrscheinlich sind es Kommunisten.

Die nächste Senatsitzung ist für Dienstag, den 15. d. M., um 11 Uhr vormittags, einberufen. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Zusatzvereinbarung zum deutschen Handelsabkommen, die Debatte über die Erklärung des Arbeitsministers, das Zusatzabkommen zum französischen Handelsvertrag und die Neuwahl des Antimonopolitätsausschusses.

Ein Luftmörder zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Plauen im Vogtland verurteilte einen 27-jährigen Handlungsgehilfen wegen Luftmordes an einem 13-jährigen Schulmädchen zum Tode.

Der rasende Tod. Dienstag abends landete der Händler Caplovic in Tyrnau seinen neunjährigen Sohn am Baum. Der Knabe brachte den Baum, richtete jedoch aus, er müsse dem Baum noch 30 Heller bringen, da er nicht genug Geld gehabt habe. Mit dem Geld in der Hand lief er zurück, kam aber dort nicht an. Er wurde auf dem Wege von einem Lastauto der Firma Winter u. Grünfeld durch den Chauffeur erfasst und mitgeschleift. Der Chauffeur Hoole, der mit unerlaubter Geschwindigkeit gefahren sein soll, drehte sich, doch war es bereits zu spät. Das schwere Auto verbrach dem Knaben beide Hände, und das Hinterrad des Wagens verkrümmerte ihn den Brustkorb, so daß der Knabe auf der Stelle im Leben blieb. Der Chauffeur wurde verhaftet und eine Untersuchung eingeleitet.

Steinbomben und weiße Mäuse im Gothor Landestheater. Im Landestheater kam es Dienstag bei der Aufführung von „Juwelenraub am Kurfürstendamm“ von Fodor zu Zwischenfällen. Mehrere Theaterbesucher warfen Steinbomben, sprachen Rispulver und ließen weiße Mäuse los. Die Ermittlungen führten zur Festnahme mehrerer Personen, die dem Vernehmen nach Anhänger der NSDAP sein sollen. Dem raschen Eingreifen der Intendantin und dem musterghigen Verhalten des Publikums ist es zu danken, daß die Vorstellung bis zu Ende durchgeführt werden konnte. („Juwelenraub am Kurfürstendamm“, in Wien und Prag verlegt man die Handlung in die Kärntnerstraße, ist ein anspruchsvoller aber in der Tendenz gegen die Pantheismen und kapitalistischen Großverdiener gerichteter Stück. Also wird es wohl stimmen, daß die „Krautmoder Nationalsozialisten“ waren. D. Red.)

Geschmuggelte Devisen in Zsitkoden. Wie der „Tiroler Anzeiger“ mitteilt, wurden kürzlich bei einer Gepadrevision in Schnellzug Wien-Paris in Buda von Zollbeamten in Zsitkoden aus Aluminium 27.000 Schilling in 100- und 1000-Schillingnoten erbeutet. Der Aufgeber des Gepäcks hat sich nicht gemeldet. Der Betrag wurde daraufhin beschlagnahmt.

Vom Nachposten erschossen. Au der heiligen Infanterieschule in Würzburg wurde ein Reichswehrsoldat, der zu spät zurückkehrte und deshalb den Weg über den Janus des Kasernenhofes wählte, vom Posten angegriffen und, da er auf den Anruf nicht antwortete, erschossen.

Taran verrecken die Röhre. In der „Landheime“ lesen wir:

Die nationalsozialistische Kuh. In Egenticht (Bavaria) mußte eine Kuh eingeschachtet werden, die einem nationalsozialistischen Bauern gehörte. Die Kuh hatte einen Fremdkörper verschluckt, der nach der Schlachtung zum nicht geringen Ertragnis des Metzgers wie des Bauern in Gestalt einer Salzkreuznadel zum Vorschein kam.

Daher: Landwirte schützt Euer Rindvieh vor dem Salzkreuz!

Gastob einer Familie. Der Geschäftsführer der Allgemeinen Drickmanntasche in Seidowen, seine Frau und ihr zweijähriges Tochterchen wurden in ihrer Magdeburger Wohnung durch Leutnant verhaftet und aufgeführt. Der Geschäftsführer hatte sich Beschlagnahmen zuschulden kommen lassen.

Töblicher Fenstersturz eines Gelehrten. Der durch seine Arbeiten über den Erdmagnetismus bekannte Gelehrte Ludwig Bauer starb in Washington vom Fenster des letzten Stockwerkes und war auf der Stelle tot. Bauer war 67 Jahre alt.

Die Pardubitzer Diebstahl. Die Pardubitzer Polizei hat die Untersuchung der Tötung, der am 11. April verhafteten und bereits längere Zeit festgenommenen beunruhigenden Einbrecherhande abgeschlossen. Es gelang die Beschloffenen der Durchführung von dreizehn Einbrüchen und Diebstählen mit einer Beute im Gesamtwerte von rund 100.000 K zu überführen. Die verhafteten Einbrecher A. Voske, F. Sted, H. Prazol und D. D. dessen Bruder Wenzel Prazol und H. Kowatz auf Julius wurden der Gerichtsbarkeit übergeben. Ein Teil der Diebstehle konnte festgestellt werden, das Hauptversteck befand sich in Jmian. Nach den Aussagen des Bandenführers Voske wollte die Bande in der nächsten Zeit in das Postamt in Milwaukee einbrechen und außerdem die Kasse des Bezirkskrankenhauses in Adolgratz berauben.

Eine Lappenschule feiert ihr 300jähriges Jubiläum. Die Tärna-Schule, die älteste Schule Lapplands, feierte kürzlich ihr 300jähriges Jubiläum. Sie wurde 1682 unter der Regierung des berühmten Königs Gustav Adolf von einem Kanter Johann Thine ins Leben gerufen. Diese Schule gab dem Kommoden der Lappen, das mongolische Kasse

Vom Randfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag. Prag: 11: Schallplatten. 15.30: Schallplatten. 16.30: Deutsche Sendung: Dr. Sawaschek: Schule und Kindertraubheiten. 19: Oper aus dem Nationaltheater. 22.20: Schallplatten. — Brünn: 15: Arbeiterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Dr. Müller: Wilhelm Reich-Menschen. — Rahr-Ostau: 12.45: Orchesterkonzert. 18.40: Ziffervorträge. — Berlin: 19.10: Norddeutscher Rundfunkkonzert. 20.15: Golden-Sinfonie. — Breslau: 21: Wilhelm Reich. 21.50: Spieltheater. — Hamburg: 21.30: Instrumentalkabarett. — Königsberg: 20.30: Sinfoniekonzert. — München: 20.30: Sinfoniekonzert. — Wien: 20.45: Kaiserliche Welt. 22.30: Varmuff.

Es zum ersten Male eine regelrechte Schulbildung. Die schwedische Regierung behandelte die Lappen bereits vor 300 Jahren vollkommen demokratisch. In der Tärna-Schule wurden die Kinder im Christentum, ferner in Lesen unterrichtet, welcher Gegenstand dann den moderneren Erziehungsmethoden weichen mußte. Der frühere schwedische Unterrichtsminister Almqvist war bei der Feierlichkeit, die anlässlich des Jubiläums stattfand, anwesend. Schweden hat natürlich viel ältere Schulen als diese Lappenschule. Die älteste ist ein Dokument vom Jahre 1227 in Finsping in Tehergöland erwähnt. Eine der berühmtesten war die Böhrens-Schule, gegründet im Jahre 1121 von Brigitte, der Ehegattin des Landes Schweden.

Epilog. Von Rbedo.

Ein Gott gab ihm zu laufen, wie feiner vor ihm laufen konnte und Kurmi lief. Durch die Arbeit seiner Schenkel lief er hin und loszogen zu internationaler Bedeutung auf. Wenn Kurmi seine überlebensschnellen Beine in Bewegung setzte, ergiebt er die Bewunderung aller jener, die gekommen waren, ihn laufen zu sehen und den Reiz derjenigen, denen es verfiel war, es ihm gleichzutun.

Dank der Geschwindigkeit seiner Beine wurde der Himm ein großer Mann und dank der vielen, die gern bereit waren, die Vorje zu öffnen, wenn es galt, die lebend gewordene Schnelligkeit über den Sand dahinführen zu sehen, wirkte ihm die Aussicht, ein reicher Mann zu werden. Und diese Aussicht, sonst die begehrteste des Lebens, wurde die Härde, die, unheimlich über die Laufbahn Kurmis getürmt, selbst seine gewandten Beine stolpern machte.

Die Affäre des Amateurs Kurmi, welche die Kreise der Sportler aller Kategorien, und sie sind nicht klein, in Atem hält, ist eines der tragikomischsten Ereignisse einer Zeit, die an komischen Zwischenfällen, die sich zu Ereignissen auswachsen, wahrhaftig nicht arm ist.

Er war der Ragner, der die Rassen jener füllte, die ihn laufen ließen. Wenn sein Name auf den Plakaten erschien, begann das Geld zu rollen. Aber ach, nur in die Taschen der anderen, die nicht laufen, sondern bestenfalls arrangieren konnten. Und wenn er sich die Seele aus den langen Beinen lief, er durste von dem erlauchten Gelde nicht soviel nehmen, um die erlähmten Handesgemäß begraben lassen zu können.

Das hat ein Kurmi nicht nötig, es wäre denn, er wäre Millionär und das wiederum ist er nicht, daher hat er, wenn er die Paragraphen der Amateure gleich dem Sand der Laufbahn mit seinen beschwingten Füßen tritt, vollkommen Recht. Warum sollte er, der ein Bankkonto in den Muskeln seiner Schenkel trägt, als Sportfreizeitsport oder Vorstand eines Amateurenverbandes sein Leben beschließen, das er bei einigem Geschick als reicher Mann beschließen kann?

Seine Sympathien stehen auf Seiten eines Kurmi, der die Schnelligkeit, welche die Schicksalsgöttin gleich einem Marschallstab in seine Wiege legte, in Gold umsetzt. Die Kreise der Paragraphen, deren es im gefunden Sport ebensoviele gibt wie im übrigen ungefunden Leben, schmeiden sich, wenn sie Kurmi schmeiden, als eigene Fleisch. Und das geschieht ihnen recht. Denn ein Kurmi wird laufen, solange seine Beine ihn tragen und die entzückten Zuschauer werden zahlen, solange er seine Schnelligkeit verkauft und sie werden das Bewußtsein mit nach Hause nehmen, daß er, was er sich im Schwelge seines Angesichtes erließ, weit billiger verdiente, als der ehrlichste Vorkenmakler.

Caffeehaus. Von Robert Cecher.

In den Dämmerstunden bräuen sie an verbrauchten Tischen, von den Besseln hängend wie schwer erschläft in Besseln. Kuchhofs feile Augen regen sich im Raum, müd und überhäpft. Und die Sangeweile lächelt prüd und lastet Metern wie ein langer danner Traum.

PRAGER ZEITUNG.

Die Kundgebung für die deutsche Schule

Der zweite Referent der gemeinsamen Schulmanifestation, über welche wir gestern berichtet haben, Lehrer Scholz, legte zunächst die Bedeutung des Prager Deutschturns für die Hauptstadt Prag und für den ganzen Staat dar und leitete von ihr die Berechtigung der deutschen Forderungen ab.

Als Nährboden für das deutsche Volksschulwesen verlangen die Prager Deutschen ein geschlossenes Netz von Kindergärten. Die Behörden müßten endlich der Tatsache Rechnung tragen, daß die Prager Deutschen zum größten Teil an die Peripherie abgewandert sind, so daß nun so manches deutsche Kind in Prag einen weiteren Schulweg hat als das schlechteste betretene Schulkind in irgendeinem Gebirgsdorf. Die Deutschen verlangen Schulerhöhen mit unteren Schulklassen für die emigrierten Bohemiden als Sammelboden für die Mutterschulen. Neben Verweis ferner auf das heftige jugendliche Engagement der Stadt. Sowohl das Ansehen der Deutschen um gleiche Straßenbahnbegünstigung, wie sie die Mittelschüler genießen, wurde abgelehnt, als auch den Lehrern die Förderung vorenthalten, die Reichenberg und Kuffig den tschechischen Kinderheilschullehrern ohne weiteres gewährt. Dringend verlangte Lehrer Scholz die nötigen Adaptierungen, Anschaffungen und Umbauten an den deutschen Schulgebäuden. Die Deutschen wollen keinerlei Zersplitterung, aber sie wollen auch keine Zersplitterung.

In der anschließenden Debatte sprachen Senator Hilgenreiner, Abg. Horpinka und Lehrer Wähl, worauf nach dem Schlußwort Dr. Epstein die bereits gestern veröffentlichte Resolution angenommen und die Kundgebung geschlossen wurde.

Sinker Studentenblock gegen den Militarismus.

Dienstag, den 12. April traten die Vertreter der linksgerichteten Prager Studentenorganisationen in einer Sitzung zusammen, in der sie zum Beschlusse kamen, die Forderung der Prager Studentenvereine zu unterstützen. Die Sitzung wurde über Initiative der tschechischen sozialdemokratischen Studenten einberufen. Es nahmen außer den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten die Kommunisten, die tschechischen Nationalsozialisten und die tschechischen agrarischen Studenten teil, die in heftiger Opposition zur reaktionären Politik ihrer Partei stehen.

Die sozialistischen und die agrarischen Studenten nahmen gegen jeden Vorschlag des Gegenüberes Stellung, daß die Verkürzung der Präsenzdienstzeit auf 14 Monate erst die Jahrgänge, die 1928 und später eintraten, betreffen soll und fordern die Verkürzung des Präsenzdienstes für alle, die 1932 und später eintraten. Ferner forderten sie den vorzeitigen Einrückungstermin für Soldaten und Reservisten.

Die sozialistischen Gruppen, mit Einschluß der Kommunisten, begründeten den Antrag der tschechischen Parlamentarierorganisation auf Verkürzung des Präsenzdienstes auf 12 Monate. Sie sind nicht der Ansicht, daß der Kampf für die Verkürzung damit beendet ist, behalten aber die präliminarische Dienstzeit als nächstes erreichbares Kampziel.

Die sozialistischen Organisationen stellen sich ferner gegen jede Erhöhung des Militärbudgets der Krone, wie es in § 8 des Entwurfes vorgesehen ist.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend!
Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Verklärung, sondern in der Familie!

Kunst und Wissen

„Don Giovanni.“ (Anstellungsgastspiel.)

Unter Theater und ein neuer Direktor Dr. Eger müssen aus reichen Geldquellen schöpfen, daß sie neben dem gastspielweise neuverpflichteten, tschechischen Tenor Klavec noch einen weiteren ersten tschechischen Tenor anstellen wollen. So wenigstens und nicht anders ist das Anstellungsgastspiel zu verstehen, das der tschechische Tenor des Kaffeler Staatstheaters Eugen Schärer vorgeführt als Ottavio in Mozarts „Don Juan“ absolvierte. Ein Sänger, der durch sympathische Erscheinung und gelangweiltes Können ausgezeichnet ist, dessen stimmliche Eigenschaften aber — raube Mittelstimm und gequälter, unfreier Tonanfang in der Höhe — ihn nicht empfehlen. Auch ist die beschriebene Rolle des Ottavio kein richtiger Prüfling für einen tschechischen Tenor. Man müßte Herrn Schärer wenigstens noch in einer Verdi-Oper hören. — Ein paar Worte noch über die musikalische Qualität dieser „Don Juan“-Ausführung. Sie wirkte trotzlos langweilig und still; von der Ouvertüre anfangen bis zum letzten Ensemble. Was aber nicht zu wundern ist, wenn man bedenkt, daß die vor kurzem erfolgte Neueinstudierung des Werkes Prof. Sztál belagte, der aber einen Urlaub für wichtiger hielt als seine künstlerischen Pflichten dem Prager Tschechischen Theater gegenüber, so daß Kapellmeister Rudolf die musikalische Leitung ohne nötige eigene Vorbereitung übernehmen mußte. E. J.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.

Donnerstag, halb 8 Uhr: „Die Dubarry“ (140-I). — Freitag, 7 Uhr: „Egmont“ (148-IV). — Samstag, halb 8 Uhr: „Der Mikado“ (150-III). — Sonntag, halb 11 Uhr: Deutscher Turnverein; halb 8 Uhr: „Madame Butterfly“ (151-III). — Montag, halb 8 Uhr: „Die Stützen der Gesellschaft“ (152-IV).

Spielplan der Kleinen Bühne.

Donnerstag, halb 8 Uhr: „Sopfi in der Schlinge“ (Kulturverbandsfreunde). — Freitag, geschlossen. — Samstag, 8 Uhr: „Koulette“. — Sonntag, 8 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen“; halb 8 Uhr: „Koulette“. — Montag, halb 8 Uhr: „Die ungelückte Eva“ (Bankbeamten I).

Aus der Partei

S. J. II. — Freie Vereinigung sozial. Akademiker.

Freitag, 15. April, empfahlen wir unseren Genossen den Besuch des Vortrages des Genossen Prof. Federer-Deleberg: „Treiben wir in die Kampfbühnen?“ Uraus, halb 8 Uhr.

Sonntag, 17. April, Wanderung, Näheres wird Samstag nachmittags im Detail bekanntgegeben.

Sonntag abends im Heim Aussprache mit Genossen Prof. Max Adler-Wien über aktuelle Probleme. Parteigenossen und Jugendgenossen sind herzlich eingeladen.

Montag, 18. April, Vortrag Max Adler im großen Urausaal: „Der Weg zum Sozialismus“. Alle kommen! Propagiert für einen großen Besuch der Veranstaltung.

An der Demonstration am 1. Mai müssen sich alle Genossen und Genossinnen unbedingt beteiligen. Wir marschieren in der S. J. Tracht: Mäntel, rote Binden. Wer noch keine hat, besorgt sie sich sofort (bis Samstag) durch Genossen Reimund Willmet, der sie billig vermittelt. Nähere Weisungen werden noch ausgegeben.
Die Gruppenleitung.

Vereinsnachrichten

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.

Fußballpartie. Heute, Donnerstag, den 11. April, um halb 8 Uhr abends Spielerversammlung im Restaurant „L'Europe“, Zbirova. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht!

Der Film



Eine weltberühmte Operette als Tonfilm. Oscar Karkowitsch als Geleit in der Tonfilm-Operette „Madame hat Ausgänger“.

„Madame hat Ausgänger.“ Die arme Madame, während sie unglücklich in der Garage, diese wahre Ursache alles Unglücks, bei einer kleinen Tänzerin — gespielt von der Binasseff; Madame und ihrer Freundin überwinden danach den Weltschmerz und geben als Dienstmädchen verkleidet — die Jase gespielt, gesungen und gejungen von der kleinen Karkowitsch — „untere Volk“. Nach dieser erfolgreichen Beimißung, zu der Herr Präjejan auch noch kein Biodel singt (mit gefälliger Erlaubnis der Offiziers-Gesellschaft, die ihn wie ein lauti auch brauchbares Biodel zu vermieten schenkt), kommt zum Schluß in Gestalt eines Kammerdieners aus dem Hof, über das sich die wahre Kammergesellschaft erhebt. Und so spielen Diane Holz und Franciszewitz nach beiden Kräfte wieder einmal das hohe Lied der Tonfilmliebe (wobei man, was die Kunst des Herrn Ralph Erwin betrifft, stets an wehmütige, alte Bekannte gemahnt wird und sich über die Tugde des Silberz mit der Erkenntnis beruhigt, daß nicht alles so dumm ist, wie im Tonfilm). Diesmal geht aber alles nicht gut aus, weil der Buchbinder Herr Liebe nicht will und zu ihrem Großindustriellen zurückkehrt; weil er doch, als Intellektueller erfährt, daß sie nicht bis zu ihm in die Vorstadt herabsteigen kann, ohne unglücklich zu werden. Quod erat demonstrandum. Aus dem Gedanken, die dem Theaterstück von Gerbichon zugrunde liegen und vom Tonfilm angelehnt wurden, ließe sich eine Art realistisch-sozialistischer Drama drehen; dazu wurde aber Herr Wilhelm Thiele nicht bereit und so bleibt nur eine fade Almonade, ohne sonderliche Regieeffekte und nur mit den Zeichen seiner Qualität

bedeutet, die aus dem großen Geldeaufwand die: Mitbewertern genügend bekannt ist. Wahrscheinlich wird sich der brave Spieler für den Film nicht erweisen, weil er doch nicht einmal gut ausgeht nach dem launigen Inhalt des Filmbüchchens, und auch die Kühnheit wirklich unbegründet. W. Lg.

Literatur

„Völkchismus über uns!“ von Karl Bor.

Schöner Verlag, Berlin SW 11. Im ersten Augenblick ist man nach dem alarmierenden Titel und der Aufmachung des Buches geneigt, es für ein Pamphlet gegen Sowjetrußland zu halten. Das ist nun das Buch nicht, es kann ihm Ernst nicht abgeprochen werden und auch nicht Kadentlichkeit. Allerdings steht der mit den sozialen und politischen Erscheinungen unserer Zeit ringende Verfasser aus seiner bürgerlichen Einstellung heraus dem Völkchismus und Sowjetrußland als entschiedener Gegner gegenüber, wobei er die Gefahr des Völkchismus für den kapitalistischen Staat und insbesondere die der kommunistischen Partei — er befrachtet sich in keinen Betrachtungen auf Deutschland — überstreift. Er qualifiziert den Völkchismus als eine „Gefahr erster Ordnung“ und bei der kommunistischen Partei sieht er einen bedrohlichen Welterneuerung, eine Revolution, die durch das seit dem Erscheinen des Buches eingetretene Ereignis der Präsidentschaftswahl in Deutschland allein schon eine bedeutliche Ersäuterung erfahren hat. Tatsächlich ist der Völkchismus trotz vieler günstiger Umstände, die seinem Werden dienlich sind, vordem nie so gefährlich geworden, wie jetzt. Der Verfasser ist ein guter Kenner der Literatur über Sowjetrußland, wie der sozialistischen Literatur und er ist auch ein aufmerksamer Beobachter der Zeitvorgänge. Liest man sein Buch kritisch, so wird man es nicht ohne einen gewissen Nutzen lesen. Er prüft die Möglichkeiten zur Bannung der Gefahren des Völkchismus, kommt zu dem Schluß, daß eine militärische Intervention wenig Aussicht auf Zustandekommen hat, dafür tritt er für eine „Sammlung der antivolchewistischen Kräfte“ ein und für eine wirtschaftliche Inzucht, das ist für die vollständige Unterbindung jeder Einfuhr nach Rußland und jeder Ausfuhr aus Rußland. Es ist selbstverständlich, daß in keinem Lande ein Sozialist zur Unterstüttung einer solchen Politik bereit wäre. Das Gebot der Gerechtigkeit zwingt zu sagen, daß diese schamlosen Projekte aber keineswegs das einzige ist, was er zur Bekämpfung des Völkchismus empfiehlt, man findet vielmehr in dem Buche manche bei einem Verteidiger der heutigen Wirtschaftsordnung überraschend vernünftige Gedankenansätze. Er plädiert für die Empfindenstärkung des Arbeiters und hat den Mut, den Gedanken zu propagieren, daß nur soziale Gerechtigkeit Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit. Verbesserung des Lebensstandards des Volkstums und Neuanbahnung der Wirtschaft dessen können. Dem Verfasser unter anderem ist in dem Buche die Auseinandersetzung mit dem Begriff des Nationalismus. Er wendet sich dagegen, daß einzelne Menschen, einzelne Berufsstände, sich als die spezifischen und „ausgezeichneten“ Vertreter der nationalen Idee, als „Hauptträger“ bezeichnen und sagt, der Nationalismus müßte das kollektive Gemeinlandsbewußtsein eines ganzen Volkes sein, auf das alle daselbst Rechte haben. Heute sei „Nation“ zu sehr zum Schicksalslegenden einer Klasse geworden und man habe mit diesem Begriff „große Dummheiten“ treiben können, denn man habe ihn bürgerlich, militärisch, wirtschaftlich, bürokratisch, vereinsfremdlich, kurz in jeder Form benutzt, man hat ihn als Drohung gegen andere Klassen verwendet, als Anhängelschild, als gesellschaftliches Emblem. Die Völkcherei und das Siegesgerede der Nationalisten findet in dem Buche manche treffliche Kritik. In seiner Würdigung bewußt das Buch, daß man auch vom Gegner mehr lernen kann.

Gericht.

Roman von Stefan Bolkatsch.

„Aber bedenken Sie doch, daß es um Ihren Kopf gehen kann!“
„Selbst dann wäre ich nicht in der Lage. Es ist Sache meiner Richter, anzunehmen, ob ich ein Mörder bin oder nicht.“
„Aber Sie erschweren uns die Urteilsfällung ganz ungemein, wenn Sie auf unsere Fragen nicht antworten.“
„Ich bin bereit, auf alle Fragen, die zum Mord gehören, nach bestem Wissen zu antworten, aber ich kann meine intimsten Erlebnisse hier nicht ausbreiten — auch dann nicht, wenn ich angeklagt bin.“
„Wie Sie wünschen. Sie als Universitätslehrer müssen ja selbst wissen, was Sie tun. Also fahren wir fort: Sie haben sich auf Ihrer Reise stets unter falschem Namen gemeldet. Wußten Sie, daß Sie sich damit einer strafbaren Übertretung schuldig machen?“
„Ja, ich wollte verschwinden, und zwar so ganz untertauchen, daß ich auch meinen Namen ablegen wollte.“
„Sie heißen sich auch einen Bart wachsen?“
„Ja, mein Verschwinden sollte ein vollkommenes werden. Auch verband ich damit eine andre Absicht. Ich habe in den Städten, in denen ich mich aufhielt, ziemlich viel Bekannte. Ich studierte viel in München und Berlin; das Hoch, das ich lehrte, ist stark verbreitet, kurz, ich kenne viele Menschen und wollte nicht erkannt werden. Auch konnte ich unter Umständen erwarten, daß mein Name mit dieser Affäre zusammen in den Zeitungen auftaucht, und ich wollte mich durch diese dumme Sache nicht in meinen Plänen stören lassen.“
„Wie konnten Sie annehmen, daß Ihr Name genannt werden könnte?“ fuhr hier der Staatsanwalt dazwischen und machte gleichzeitig eine entscheidende Geste zum Vorsitzenden.
„Mein Gott, nachdem ich die letzte Nacht mit der Ermordeten verbracht, bestand diese Möglichkeit ja immerhin, und ich habe, offen gesagt, unsere mit der Verfolgung von Verdächtigen betraute Behörde niemals für sehr geschickt gehalten.“
„Ganz glaubwürdig und schlüssig ist diese Aussage aber nicht!“ fuhr der Vorsitzende fort. „Wenn Sie unschuldig wären, brauchen Sie ja auch keine Entschuldigung zu suchen.“
„Ich fürchte auch nicht. Ich wollte nur nicht gestört werden.“
„Angeklagter, Sie dürfen uns hier nicht als Männer ansehen, die unter allen Umständen Ihre Schuld erweisen wollen. Aber wir haben die Verpflichtung, zu untersuchen, ob Sie schuldig sind oder nicht, und selbst für den Fall, daß Ihre Schuld erwiesen wäre, hätten wir noch sehr darauf zu sehen, daß die Motive geklärt werden, damit wir Ihnen möglichst helfen können. Aber wie können wir Ihnen helfen, wie können wir an Ihre Unschuld glauben, wenn uns hier eine groteske Unmöglichkeit nach der andern erzählt wird? Nehmen wir einmal an, ich wäre an Ihrer Stelle gewesen, so, nehmen wir mich an, denn es sollte keinen Richter geben, der sich nicht ganz in die Seele des Angeklagten verliehen kann. Wollen wir also, bitte, einmal annehmen, ich wäre an Ihrer Stelle, ich wäre den letzten Abend bei dem Mädchen gewesen und ich möchte aus-

gan, bestimmten Gründen am nächsten Tage aus der Stadt verreisen. Am Tage meiner Abreise läßt ich nun in der Zeitung, daß man einen Mann unter dem Verdacht, der letzte Besucher des Mädchens gewesen zu sein, verhaftet hat. Was täte ich nun? Ich ginge zur Polizei und würde sagen, daß ich der letzte Besucher, aber keineswegs der Mörder sei. Lassen Sie mich nun nachdenken, was diesem Vorhaben im Wege gestanden wäre? Sie sagen, daß dieser Schritt Ihren Abreiseplänen im Wege gestanden wäre. Nun ja, genau betrachtet, haben Sie nicht ganz unrecht. Die Polizei hätte Sie wohl ein wenig aufgehalten. Wenn also die Abreise für mich so wichtig gewesen wäre, vielleicht, ich sage: vielleicht, vielleicht wäre ich auch abgereist. Also ich bin in München und lese nun, daß man gegen mich einen Strafbefehl erlassen hat. In diesem Falle wäre ich aber doch sofort nach Hause gefahren, hätte meinen und den Namen meines Vaters reingewaschen und den Tatbestand aufklärt, ganz gewiß hätte ich das getan.“
„Auch dann, Herr Vorsitzender, auch dann, wenn Sie mit Ihrem Leben bereits abgeschlossenen gehabt hätten?“
Der Vorsitzende dachte nach, neigte das Haupt und eine Welle war Stille im Saale.
„Ich glaube nicht, daß ich wie Sie gehandelt hätte.“
„Möglich, aber ich, der ich anders handelte, bin ebensowenig an diesem Mord schuldig wie irgendeiner meiner Richter.“
„Das soll ja untersucht werden“, warf hier der Staatsanwalt ein, „und wenn es mir gestattet ist, eine Bemerkung auf der Basis der Vergleichstellung des Herrn Vorsitzenden zu machen, so wäre es diese, daß ich mich nie und unter-

keinen Umständen mich mit einem falschen Namen in ein Fremdenbuch eintrage.“
„Der Herr Staatsanwalt wird entschuldigen“, meinte hier der Verteidiger Hofrat Sawitzger, „wenn ich konstatieren, daß er kein erstes Drama unter einem falschen Namen aufgeführt hat.“
„Aber das war doch...“
„Das ist in den tieferen Gründen genau das gleiche oder könnte es zumindest sein.“
„Ich bitte, meine Herren“, wandte sich jetzt Hofrat Sawitzger an Hofrat Sawitzger, „noch ein wenig um Geduld. Ich möchte nur noch eines fragen, Herr Dozent. Die Verdachtsmomente, die gegen Sie sprechen, sind hart und zahlreich. Können Sie nichts zu deren Entkräftung anführen?“
„Nein.“
„Dann, meine Herren, bitte ich Sie, den Angeklagten zu befragen.“
Dr. Hofrat, der Staatsanwalt, veränderte seine Stellung kaum merklich, spielte noch wie vor mit dem vor ihm liegenden Bleistift, als wäre er ungeschlüssig und zögte aus ihm seine Kraft. Endlich begann er: „Das Verhör war meiner Ansicht nach erschöpfend. Auch ich hatte es gern gesehen, wenn Sie uns über die Gründe Ihrer hochachtigen Verleumdung hätten Aufklärung geben wollen, und ich glaube, daß dies in Ihrem Interesse gelegen wäre. Wenn Sie aber dem gütigen Bemühen unseres Herrn Vorsitzenden nicht Folge leisten, so will ich annehmen, daß Sie als sehr gebildeter Mann Ihre Gründe hierfür haben, und gar nicht weiter in Sie dringen. Ich möchte nur eines noch feststellen wissen.“
(Fortsetzung folgt.)

Verleger: E. J. B. — Druck: K. J. B. — Vertrieb: K. J. B. — Preis: 1.000. —